

Evangelische Zeitung (März 2012) Nr. 9. 14. S. 4.

# Eltern wünschten sich mannigfaltige Schulen

**| THEMA DER WOCHE | In der DDR boten sie Nischen, nach der Wende hatten kirchliche Schulen im Osten einen guten Ruf**

**Wie konnte es nach der deutschen Wiedervereinigung zu so vielen kirchlichen Schulgründungen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR kommen?**

Von Henning Schluß

Das Volksbildungswesen der DDR war einer der Bereiche der Gesellschaft, auf den die Führung der DDR von Anfang an besonderes Augenmerk legte. Hier, wo die Jugend für den Kommunismus gewonnen und zum Hass auf den Klassenfeind erzogen werden sollte, wollte man nichts dem Zufall überlassen. Deshalb war das gesamte Schulwesen fest in der Hand des Staates.

Nur wenige Ausnahmen gab es im Bildungsbereich. So hatten hier und da noch kirchliche Kindergärten Bestand und regen Zulauf. Geistig Behinderte galten in der DDR nicht als bildungsfähig und unterlagen nicht der Schulpflicht. Die Diakonie unterhielt Schulen für solche schwerbehinderten jungen Leute, und der Staat ließ die Kirche hier gewähren.

Weil in der DDR viele politisch missliebige junge Leute

nicht zum Abitur zugelassen wurden, hatten die Kirchen einige Bildungseinrichtungen, die zu einem dem Abitur entsprechenden Abschluss führten, aber nur zu einem kirchlichen Studium berechtigten. Nur eine einzige kirchliche Schule gab es in der DDR, die offiziell zum Abitur führte, das katholische Theresianum in Berlin-Weißensee.

Als die Volksbildungsministerin Margot Honecker im Sommer 1989 zum IX. Pädagogischen Kongress lud und im Vorfeld um Stellungnahmen und Diskussionsbeiträge gebeten wurde, war die Teilnahme ungewöhnlich rege. Der Unmut vieler über die organisierte Indoktrination war so groß, dass sie die Diskussionsaufforderung ernst nahmen. Die Eingaben aus dem Kreis der Kirche wurden direkt an das Ministerium für Staatssicherheit weitergereicht. Auf dem Kongress spielten sie keine Rolle. Allerdings wurden alle diese Themen auf den Demonstrationen im Herbst 1989 aufgegriffen.

Die Kritik an der Pädagogik der DDR ist bei der Erforschung der Ursachen des Zu-

sammenbruchs dieses Staates sicher vielfach unterschätzt worden. Das ist deshalb besonders bemerkenswert, weil sie vor allem aus der Generation geäußert wurde, die durch das sozialistische Bildungswesen gegangen ist. Noch vor der Wiedervereinigung gab es vielerorts Bestrebungen, alternative Schulen zu gründen und so dem Bildungsmonopol des Staates ein plurales Bildungskonzept entgegenzusetzen.

## **Fromme Bestrebungen spielten nicht die Hauptrolle**

Schulen in kirchlicher Trägerschaft spielten bei diesen Überlegungen von Anfang an eine bedeutende Rolle, auch deshalb, weil Alternativen zur Volksbildung lange nur im Raum der Kirche möglich waren. Nicht so sehr waren es besonders fromme Bestrebungen, die zu einem christlichen Schulwesen zurückwollten, sondern viele Eltern wollten eine Schule, in der Bildung nicht nur polytechnisch verstanden wird, sondern in ihrer Mannigfaltigkeit unter anderem auch den religiösen Aspekt mit einschloss. Kirche und Dia-

konie konnten die Strukturen bereitstellen, Schulen zu gründen und zu halten. Dabei gingen die Landeskirchen durchaus mit unterschiedlichem Tempo vor.

Zuerst waren es überall Initiativen vor Ort, die kirchliche Schulen gründeten. Häufig erst sehr viel später wurden diese in landeskirchliche Strukturen, zum Beispiel Schulstiftungen, überführt. Andersorts entwickelte man bestehende kirchliche Schulen weiter. So ist beispielsweise die Evangelische Schule Templin aus einer Schule für geistig Behinderte hervorgegangen, die schon zu DDR-Zeiten bestanden hatte. Man öffnete diese Sonderschule zuerst für den Pflichtschulbereich, und heute lernen dort auch hochbegabte Kinder mit „normalen“ und schwer mehrfachbehinderten in einer Klasse. Dafür gab es den Deutschen Schulpreis.

In Neuruppin waren es Eltern und LehrerInnen, die sich zusammaten und ein evangelisches Gymnasium gründeten. In einer Region, die sonst vor allem durch Abwanderung von sich reden macht, wurde

eine erfolgreiche Ganztagschule gegründet, die 2012 ebenfalls den deutschen Schulpreis bekam.

Eine Schwierigkeit im Selbstverständnis evangelischer Schulen war es, dass sie Schulgeld erheben müssen, weil die staatlichen Zuschüsse geringer sind als an Schulen in staatlicher Trägerschaft. Dies versucht man durch einkommensabhängige Beiträge abzufedern. Insbesondere in jüngerer Zeit ist die Situation in den meisten neuen Bundesländern schwieriger geworden, weil die staatlichen Zahlungen gekürzt wurden. Die Gründung freier Schulen ging seitdem merklich zurück. Durch Gerichtsverfahren ist es verschiedentlich gelungen, diese Schlechterstellungen anzufechten.

— **Professor Henning Schluß** unterrichtet am Lehrstuhl für Poli-



tische Bildung der Universität Potsdam sowie am Institut für Bildungswissenschaft der Universität Wien.